

Spangenberg Zeitung

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Stempel an der
Spangenberg
Zeitung

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 12.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 13.50 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Bett-)Belle oder deren Raum mit 1.— M. berechnet; auswärts 1.30 M. Bei Werberholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten und Beleglieferung M. Verbindlichkeit für Maß, Datumschrift und Beleglieferung M. ausgeholfen. Zahlungen auf Postkonten Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmehgebühr für Offerten und Anstund beträgt 50 Pf.
Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 55.

Donnerstag, den 11. Mai 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 11. Mai 1922.

Ueber die Umsatzsteuer für „möblierte Zimmer“ hat der Reichsfinanzhof ein wichtiges Urteil gefällt. Der Gerichtshof billigt die Neuauffassung, daß die entgeltliche Vermietung eingerichteter Räume durch Wohnzwecke eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes darstellt, wenn sie auf die Dauer berechnet ist. Sie unterliegt dann grundsätzlich der Steuer, auch wenn die Vermietung durch die „Zwangswirtschaft“ ermöglicht ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob ein Gewinn erzielt werden soll und auch nicht auf die unbegrenzte Dauer.

Die drei Eiseheiligen. Mamerius, Pancratius und Servatius, die sich nur allzuoft am 11., 12. und 13. Mai einstellen, sind zwar „gestrenge Herren“, wilde Männer, „Reinlieb“, und wie sie sonst noch genannt werden, aber sie waren im Grund nichts weniger, als gestrenge, sondern sogar recht frommen Glaubens, und währten gewiß allen Menschen gutes Wetter. Ihres Märtyrertodes wegen, den sie während der Christenverfolgung erlitten, wurden sie heilig gesprochen und nur gewöhnlich fallen die Tage ihres Gedenkens knapp vor die Mitte des Monats. Schon die alten Germanen wußten, daß sich an diesen Tagen oft noch Nachfröste einstellen; sie führten die unwillkommene Erscheinung auf die Einwirkung winterlicher Dämonen zurück, die vor dem morgigen Lenz nicht früher fliehen mochten. Richtig ist, daß gegen Ende April und Anfang Mai ein Kälteeinbruch einzutreten pflegt, und richtig ist, daß dieser sehr oft gerade auf die Tage der drei Eiseheiligen fällt, allein, eine einhellige Erklärung hat die Wissenschaft hierfür noch nicht. Nach neuer Ansicht ist die Erscheinung auf den Ausgleich der Temperaturunterschiede zurückzuführen, hervorgerufen durch das Abziehen der erwärmten und das Einbringen der kalten Luftströmungen. Diese wiederum eintreffen den auf den Gebirgshöhen erst gegen Mitte Mai erfolgenden Schneeschmelzen.

Befreiung vom Erscheinen vor dem Finanzamt. Der Reichsfinanzhof hat eine Entscheidung gefällt, die für weite Kreise von höchster Bedeutung ist. Er hat ausdrücklich für zulässig erklärt, daß ein Steuerpflichtiger vor dem Finanzamt nicht zu erscheinen braucht, wenn er durch triftige Gründe daran gehindert ist.

S Billigere Kartoffeln? Das Organ der Großhändler, „Der deutsche Fruchtgroßmarkt“ schreibt: „Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht ein starker Preisrückgang auf dem Kartoffelmarkt unmittelbar bevor — trotz der hohen Richtpreise und aller Regierungen. Es scheint, daß jetzt, nachdem die Frostgefahr hoffentlich endgültig vorüber ist, die Mieten allenthalben gesunken werden, und nun jeder von den zur Zeit noch hohen Preisen profitieren möchte. Die Folge dürfte in diesen Tagen reichliches Angebot und harte Sinken der Preise sein. Wie lange ein derartiger Sturz aber anhalten dürfte, darüber können im Augenblick auch keine Mutmaßungen ausgesprochen werden. Falls nicht eine rapide Besserung des Marktes eintritt, dürfte der Weg ausländischer Frühkartoffeln so gut wie ausgeschlossen sein, und unsere Vorräte aller Ernte müßten dann etwa bis Ende Juli, Anfang August reichen.“

Aus Nah und Fern

Cassel. In einem Geschäft der Wilhelmstraße hatte sich ein Arbeiter eine Nadel in die Hand gestochen. Er fiel in Ohnmacht und bekam Schreitkrämpfe. Die ihm zu Hilfe eilenden jungen Mädchen des Geschäfts wurden von solcher Aufregung ergriffen, daß eine nach der anderen gleichfalls in Schreitkrämpfe verfiel, bis schließlich zwölf Personen des Geschäfts von den Anfällen ergriffen waren. Die Sanitätskolonne berückte die aufgeregten Mädchen und schaffte den Arbeiter ins Krankenhaus.

Am Holländischen Platz brach ein alter Bettler von einem Schlaganfall getroffen zusammen. Als die Polizei ihn nach Papieren durchsuchte, fand sie in seinen Taschen zwei Zehnermarkstücke und 20 100-Markstücke.

Ferner hatte er noch eine Anzahl Kleingeld bei sich. Der „Arme“ wurde nach dem Krankenhaus gebracht.
Das Finanzamt gibt bekannt, daß bis zum 15. Mai auf die Steuer Schuld des Kalenderjahres 1922 Vorauszahlungen in Höhe von einem Viertel der für das Rechnungsjahr 1920 festgestellten Steuern zu entrichten sind.

Marburg. Eine Sache, die besonders in der Schwäbmer Wegend großes Aufsehen erregte, beschäftigte zwei Tage lang das Schwurgericht. Es handelte sich um den Gast- und Landwirt Jimmel, den Schreiner Schneider und dessen Ehefrau, sämtlich aus Treysa. Ersterer soll wider besseres Wissen vor dem Amtsgericht in Treysa geschworen haben, daß ihn ein junger Mensch hiesigen Landgerichts wegen einer Geldbetrugsangelegenheit, in die Jimmel gerichtet wegen eines Geldbetrugs, in die Jimmel mit verwickelt war, versucht haben, einige wegen der gleichen Sache in Treysa vorbestraute Zeugen zu Aussagen zu bewegen, durch die Jimmel entlastet worden wäre. Die Angeklagten wurden damals bei der Sitzung sofort vorübergehend in Haft genommen. Jimmel gab an, daß er übergehend in Haft genommen sei, was ihm von seiner Frau nur das beschworen habe, was ihm von seiner Frau irrigerweise mitgeteilt worden sei, und die beiden anderen Angeklagten bekräftigen jede Schuld. Die Verhandlung endete nach Vernehmung von über 30 Zeugen damit, daß Jimmel zu 1 Jahr und 2 Monaten Zuchthaus, der Ehefrau Schneider wegen Begünstigung zu 5 Monaten Gefängnis und dessen Frau ebenfalls wegen Begünstigung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden.

Frankfurt. Das Polizeipräsidium läßt die Fremden in den Hotels morgens um 7 Uhr kontrollieren. Die Beamten, die das zu tun haben, begnügen sich aber nicht damit, den Paß einzusehen, sie erzwängen sich auch mit Gewalt Eintritt in die Zimmer, ohne Rücksicht darauf, ob Damen oder Herren anwesend sind. Natürlich sind die Fremden über diese rigorose Maßnahme in früher Morgenstunden mit Recht ungehalten.

Mühlhausen. Nach dem ersten Entwurf des Haushaltsplans ist für das laufende Rechnungsjahr ein Fehlbetrag von 17832999 Mark zu decken.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

10] Roman von Paul Lindau.
Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.
In besserer Stimmung über diese glückliche Wendung seiner Situation verließ Ulrich nach einigen Stunden das Amt. Es schneite stark, als er auf die Straße trat, er schlug seinen Besatz auf und wollte die paar Schritte nach seinem Hotel zu Fuß zurücklegen.

Als er beim Palais des Grafen von Stened vorüberging, blieb er stehen.

Er wußte, daß er der Gräfin Juliane heut abend auf dem Ball begegnen würde, und sie würde mit Recht bestrebt sein, wenn er nicht vorher zum mindesten den Versuch gemacht hätte, ihr Guten Tag zu sagen. Die Entschuldigung, daß er erst vor ein paar Stunden in Berlin eingetroffen sei, würde sie schließlich als eine stichhaltige gelten lassen. Zur Erfüllung einer Pflicht der Artigkeit bedurfte es nur weniger Minuten. Er bog in den Vorhof ein. Er schuldete Gräfin Juliane seinen Besuch.

IV.

Juliane saß noch immer am breiten Fenster ihres großen Gemachs, das in dieser Nachmittagsstunde an dem schneigen kurzen Dezemberabend schon dunkel war. Da trat die Kammerdienerin Berta, die seit längerer Zeit in ihrem Dienst stand, in das Zimmer und überbrachte ihr zwei Karten, die sie soeben vom Kammerdiener Johann, der das Gemach der Gräfin niemals betrat, erhalten hatte.

Als die Gräfin den Namen gelesen, veränderte sie sich merklich. Sie wurde sehr bleich und lächelte freudig.

„Ist der Fürst selbst da?“
„Ru Befehl, gnädige Gräfin.“
„Ich lasse bitten.“

Berta senkte den Kopf, ging und öffnete die Tür. Ulrich trat ein.

Als Berta auf dem Korridor die Tür hinter dem Fürsten geschlossen hatte, verzog sich ihr Gesicht zu einem häßlichen, schlaun Lächeln, und sie winkte den

Kammerdiener Johann Hütte, der unweit von ihr stand, heran. Berta war mit Johann seit einiger Zeit verlobt; zu Ostern sollte die Hochzeit sein; die Verlobten hatten sich schon nach einem Ertrag für sie umgesehen.
„Kuh heute gut auf“, flüsterte sie ihm zu. „Ich habe dir vielleicht nachher etwas zu sagen. Ich weiß es noch nicht, aber es ist möglich! Würdest du mir alle Fälle Bildliche heute noch benachrichtigen können?“
„Ja! Kom 18. bis 23. Dezember jeden Abend zwischen zehn und elf Gollnowstraße! hat er mir gesagt.“
„Dann halte dich jedenfalls bereit! Vielleicht läßt es sich heute machen.“
„Gut.“

Juliane hatte sich schnell erhoben und war dem Eintretenden in herzlichster Freude entgegengeleitet. Sie war ein wenig enttäuscht, als sich Fürst Ulrich mit vollkommenster Artigkeit verneigte, durchaus freundlich, aber eben nur freundlich, und ihr die Hand küßte.
„Ist das eine Überraschung!“ rief Juliane. „Ich traue meinen Augen kaum! Seit wann sind Sie denn hier?“
„Seit heute früh.“
„Und Sie sind gleich zu mir gekommen, „durch Sturm und Regen“, wie es in dem schönen Liebes heißt. Das ist lieb von Ihnen! Und Sie bleiben?“
„Mein Urlaub dauert nur ein paar Tage, aber es ist möglich, daß man mich noch länger hier behält.“
„Das wäre ja reizend!“ fiel die Gräfin ein.
„Zu ernster, anstrengender Arbeit“, fügte Ulrich mit komischer Wichtigkeit hinzu.
„Die aber doch Erholungsstunden gestattet.“
„Weniger als Sie glauben dürften. Ja, meine Gnädige, Sie sehen einen sehr veränderten Mann vor sich: einen strebsamen, pflichtgetreuen, ernsten Arbeiter.“
„Am aller Besten wollen, erschrecken Sie mich nicht!“ fiel Juliane ein. „Pflichttreue und Ernst — ich höre und sehe nichts anderes — es wäre entsetzlich, wenn auch Sie dieselbe Litanei antimmen wollten! Bleiben Sie nur, wer Sie waren!“
„Der gute Rat kommt leider zu spät. Das Unheil ist schon geschehen!“
„Aber muß ich fürchten, daß Sie nicht überzeu-

Ich hatte mir schon so etwas gedacht, aber ich wollte nicht daran glauben. Ich hatte es aus Ihren Briefen herausgesehen. Übrigens wissen Sie doch, daß ich Ihnen sehr böse bin.“

„Das habe ich um so mehr zu beklagen, als ich Ihre Ungnade ohne Zweifel verdient habe.“
„Gewiß, das haben Sie! Sie haben mich einfach in unverzeihlicher Weise vernachlässigt. Ihre ersten Briefe — ja, die waren lieb, wie sie sein sollten. Auf einmal eine unmotivierbare Pause, die sich verlängert, verlängert, die mich ernsthaft beunruhigt, und dann nach Wochen eine banale, formelle, inhaltsleere wohlwollende Entschuldigung, die in Wahrheit nur eine Beschuldigung war. Und auf meine energische Bitte um Aufklärung wieder noch länger Pause, abermals einige nichtsagende Höflichkeiten mit demselben unausstehlichen Lächeln, das Sie jetzt haben, das ich früher an Ihnen nie bemerkt habe.“
„Ja denn, ich bekenne mich schuldig, ohne alle mildernden Umstände.“

„Sie wissen nur zu gut, Sie abscheulicher Verbrecher, daß Sie auf die übertriebenste Nachsicht Ihres Richters rechnen können.“

Sie hatte die Stimme gesenkt und sah ihn traurig, ädlich an. Es war beinahe ganz dunkel geworden. Ulrich wich ihrem Blick aus und, indem er bemerkt war, seiner Stimme einen möglichst heiteren und hellen Klang zu geben, erwiderte er:

„Sie sind viel zu gültig! Sie beschämen mich wirklich. Ich verdiene Ihre Nachsicht gar nicht. Ich wiederhole Ihnen: ich bin schuldig, und Sie haben recht, wenn Sie mich verurteilen. Ich habe vorausgesehen, daß Sie mir wegen der Spärlichkeit und Flachheit meiner Briefe Vorwürfe machen würden, und ich war fest entschlossen, nichts zu tun, um mein Verhalten zu beschönigen und Ihre Verurteilung abzumildern. Die Milde Ihrer Auffassung setzt mich wirklich in einige Verlegenheit.“

„So?“ sagte die Gräfin gedehnt

(Fortsetzung folgt.)

Kartoffeln — Zucker.

Die Sicherung der Volksernährung im neuen Wirtschaftsjahr wurde in den letzten Tagen im Hauptsaal des Reichstages ausgiebig erörtert. Im Mittelpunkt der Ernährungsdebatten stand wieder die heiß umstrittene Frage, ob zur Sicherstellung der Brotversorgung auch in diesem Jahre das Umverfahrgesetz in Anwendung gebracht werden müsse, oder ob man auf die Getreideumlage verzichten müsse, oder ob man auf die Getreideumlage verzichten müsse und die Landwirtschaft von allen Steuern der Zwangswirtschaft befreien müsse. Die Vertreter der Landwirtschaft hielten eine neue Getreideumlage für unzulässig, während die Abgeordneten, die sich mehr als Vertreter der Verbraucherkreise fühlten, darauf hindeuten, daß im Interesse der Bevölkerung das Umverfahrgesetz unbedingt beibehalten werden müsse.

Die Reichsregierung hat sich, wie der neue Ernährungsminister sehr erklärt, auf den Standpunkt gestellt, daß die Sicherstellung des notwendigen Brotgetreides durch eine staatliche Umlage auf im kommenden Erntejahr noch notwendig sei. Im Hinblick auf die große Not breiter Massen bei in den Mittelstand hinaus könne darauf nicht verzichtet werden. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, der eine Getreideumlage in der bisherigen Form nicht mehr für möglich hält, da sie die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung hindere. Zur Sicherung der Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung mit Brotgetreide müsse aber eine genügende Brotreserve unter Verbilligung der Brotpreise für Mindestbeträge verlangt werden. Der Landwirtschaft müsse hierfür ein mit ihren Vertretern zu vereinbarenden Preisen gesichert werden.

Bei der Besprechung der Kartoffelversorgung forderten die Sozialdemokraten Wiederbestellung der Zwangswirtschaft. Bei Kartoffelpreisen von 290 bis 310 Mark für den Zentner liege Wasser bei der Landwirtschaft und beim Großhandel vor. Ernährungsminister Lehmann erklärte sich gegen eine Zwangswirtschaft der Kartoffel und auch gegen eine Kartoffelumlage. Die Sicherung der Versorgung müsse über Lieferungserträge erreicht werden. Vor allem über müsse die Konzeptionierung des Kartoffelhandels in stärkerer Form durchgeführt werden. Dazu müsse eine bessere Wagenstellung kommen. Der Hauptausgleich müsse darauf eine Zentrumsresolution in, die den Abschluß von Privatlieferungserträgen über Kartoffeln zwischen Erzeugern und Verbrauchern unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, der Genossenschaften und der Konsumvereine in großzügiger Weise fordert. Für die Kartoffeln, die von den Erzeugern für die Winterbedürfnisse, namentlich für kinderreiche Familien zu ermäßigten Preisen geliefert werden, soll eventuell Frachterminderung bewilligt werden.

Sehr schlimm sieht es gegenwärtig mit der Zuderversorgung. Deutschland war bisher das zuderreichste Land der Welt, und jetzt ist der Zuder purlos vom Lebensmittelmarkt verschwunden oder nur noch zu wucherlichen Preisen zu erhalten. Im Hauptsaal des Reichstages erklärten die Vertreter landwirtschaftlicher Kreise, daß die Landwirte mit der jetzigen Zuderknappheit und Zuderentwertung nichts zu tun hätten, denn sie hätten ihre Nublen rechtzeitig verkauft. Von der Reichsregierung wurde in Abrede gestellt, daß Zuder etwa zur Zevienbeschaffung ins Ausland gegangen wäre. Auch im freien Verkehr wäre Zuder nicht ausgeführt worden. Der Zuderangel sei vielmehr darauf zurückzuführen, daß viel Zuder ins besetzte Gebiet und von da ins Ausland gebracht worden ist, um von da als Auslandszuder zu erhöhten Preisen nach Deutschland zurückzuführen. Von der Regierung wurde verlangt, daß die Ausfuhr aufs genaueste kontrolliert und auch die Ausfuhr zuderhaltiger Genussmittel verhindert wird. In den Fabriken und bei den Händlern müsse dauernd kontrolliert werden, um jede Zurückhaltung des Zuders unmöglich zu machen. Wo das fehlgeschlagen soll die Regierung mit schärfsten Mitteln einschreiten und die Schuldigen streng bestrafen.

Hoffentlich wird mit der Zuckerbelämpfung endlich einmal ernst gemacht. Es ist ein Skandal ohne Gleichen, daß im zuderreichsten Lande der Welt die Frauen, die Besseres zu tun haben, in langen Schlangen auf Zuder ansetzen müssen, und dann entweder überhaupt keinen oder nur Auslandszuder zu Phantasiapreisen bekommen, der in Wirklichkeit deutscher Zuder ist.

Rußland und der Vatikan.

Die Forderungen des Papstes.

Die päpstliche Kurie hat durch den Unterstaatssekretär Mgr. Piccardo dem Präsidenten der Generalversammlung sowie den Delegierten derjenigen Mächte, die beim Vatikan diplomatisch vertreten sind, den Wortlaut des bereits bekannten Schreibens des Papstes Pius XI. an den Kardinalstaatssekretär Vaparrri zusammen mit einem Memorandum übergeben lassen, in dem es u. a. heißt:

„In der historischen Stunde, in der es sich um die Aneignung Russlands zu der Gemeinschaft der zivilisierten Nationen handelt, wünscht der Heilige Stuhl, daß die religiösen Interessen, die Grundlage jeder zivilisierten Zivilisation, in Rußland geschützt werden mögen. Infolgedessen wünscht der Heilige Stuhl, daß in das Abkommen, das zwischen den in Genua vertretenen Staaten abgeschlossen werden wird, in irgend einer Form, aber recht deutlich, die folgenden drei Klauseln aufgenommen werden:

1. Wollte Wissenschaftlichkeit für russische Bürger oder Ausländer soll von Rußland zugesichert werden.

2. Ferner soll die private und die öffentliche Freiheit der Religion und des Kultus zugesichert werden. (Diese zweite Klausel entspricht den in Genua von dem russischen Delegierten Zichitschew abgebenen Erklärungen.)

3. Die Immobilien, die irgend welchen religiösen Gemeinschaften gehört haben oder noch gehören, werden ihnen zugesichert oder sollen ihnen verbleiben.“

Ueber diesen Punkt 3 hat eine lange Besprechung zwischen Monsignore Piccardo und dem Präsidenten

der Konferenz, yacra, stattgefunden, in deren Folge die Veröffentlichung des Textes in der Öffentlichkeit beschlossen wurde und der dann der Ruf angefaßt wurde, man sei in den Kreisen des Präsidiums der Konferenz unterrichtet, daß der Vatikan bezüglich der Aneignung dieses Punktes nicht unmaßgeblich und gegebenenfalls zum Verzicht auf die Aneignung des besagten Punktes bereit sein würde — ein Entschluß, der auf englischen Einfluß zurückzuführen ist und der den Weg den die Verhandlungen in der Frage des Privatigentums erleichtern soll.

Vor dem 31. Mai.

Die deutsche Antwort an die Reparationskommission.

Zu der Reichskanzlei fand eine Besprechung zwischen dem Vizekanzler Bauer und den Parteiführern aller Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen statt, in der der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Parteiführer vertraulich von dem Inhalt der Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der Reparationskommission vom 14. April unterrichtete.

Besondere Ueberraschungen dürfte die deutsche Antwort kaum bringen. Es werden in der Note die Forderungen der Reparationskommission nach 60 Milliarden neuer Franken sowie die von ihr beabsichtigte Einrichtung einer Finanzkontrolle abermals abgelehnt, andererseits wird die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Valangierung ihres Etats zum Ausdruck gebracht und im übrigen erneut betont, daß nur auf dem Wege einer uberen Anteile die erforderlichen Mittel zur Deckung der Reparationslast beschafft werden können.

Die deutsche Antwortnote soll offenbar die Grundlage für die Beratungen bieten, die in den nächsten Tagen in Paris über eine internationale Reparationsanleihe für Deutschland beginnen sollen. Staatssekretär Fischer, der Leiter der deutschen Kriegslastenkommission, sowie der frühere Staatssekretär Bergmann sind bereits in Paris eingetroffen. Wann der Reichsfinanzminister Dr. Hermes seine bevorstehende Pariser Reise antreten wird, steht noch nicht fest; auch ist bis jetzt nicht bekannt, welche Vorschage er der Reparationskommission in Paris zu machen gedenkt. Doch ist anzunehmen, daß die deutschen Unterhändler in den entscheidenden Punkten nicht zurückweichen werden. Zur Nachgiebigkeit liegt auf deutscher Seite im je weniger Anlaß vor, als manche Reichen in letzter Zeit darauf hinweisen, daß auch bei mehreren unserer ehemaligen Gegner ernste Bedenken gegen eine Ueberparung des Bogens nach dem 31. Mai laut geworden sind.

Poincaré über den 31. Mai.

In dem ersten Ministerrat nach der Rückkehr Millerands von seiner Afrika-reise war auch von der Wiedergutmachungsfrage und dem Termin des 31. Mai die Rede. Poincaré stellte fest, daß auf deutscher Seite die Absicht zu bestehen scheint, dem Wiedergutmachungsausfluß Entgegenkommen zu zeigen. Poincaré erklärte aber, in der einen Frage, einer Kontrolle der deutschen Finanzen, könnten die Alliierten unmöglich nachgeben. Auf jeden Fall werde nach etwaiger Feststellung eines deutschen Verlangens durch den Wiedergutmachungsausfluß zunächst eine Beratung der Verbündeten über die erforderlichen Maßnahmen stattfinden, und zwar werde Frankreich laut Beschluß des letzten Ministerrats die Initiative für spätere Beratungen ergreifen.

Die russische Antwort.

Kein glattes Ja oder Nein.

Die Konferenz sieht mit großer Spannung der russischen Antwort entgegen. Die russische Delegation hat sie energig fertiggestellt und den Text nach Moskau telegraphiert. Sobald die Antwort der Sowjetregierung eingetroffen ist, wird sie der Konferenz überreicht werden. Nach einer Erklärung des russischen Delegierten Natolski benegte sich die Antwortnote der russischen Delegation auf durchaus praktischen Bahnen und werde eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden. Allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barhaus nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen. Die Konferenz von Genua sei keine Friedenskonferenz, wo der Sieger dem Besiegten seinen Willen diktieren könne. Man sei hierher gekommen, um auf gleichem Fuße zu verhandeln, und Rußland werde von dieser Formel der Gleichberechtigung nicht abweichen.

Der französische Ministerrat gegen jedes Zugeständnis.

Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß der Ministerrat die von dem Ministerpräsidenten an die französische Abordnung in Genua gegebenen Weisungen genehmigt und bekräftigt hat. Unter anderen Möglichkeiten zog der Ministerrat den Fall in Erwogung, daß eine weitere vermittelnde Fassung für den Artikel VII der Denkschrift an die Sowjetabordnung vorgeschlagen werde, um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen. Die Regierung beschloß, in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse zu machen. Sie ist, wie bisher, der Ansicht, daß die Rechte der französischen Staatsangehörigen betreffend ihr Privatigentum streng gewahrt werden müssen.

Die neuen Beamtengehälter.

Tarif erhöhungen bei Post und Eisenbahn. Nach dem Scheitern der Besoldungsverhandlungen mit den Beamtenorganisationen hat die Reichsregierung von sich aus dem Parlament eine Besoldungsvorlage unterbreitet, die im wesentlichen die letzten Zugeständnisse der Regierungserhandler enthält. Der Reichsrat hat dieser neuen Besoldungsordnung in seiner letzten Sitzung zugestimmt und die erforderlichen Mittel in einem Erganzungsetz bewilligt.

Die Vorlage bestimmt zunächst rückwirkend, daß vom 1. bis 30. April d. J. der Zuerugszuschlag zu den Bezahlen der planmäßigen und auerplan-

mäßigen Reichsbeamten 60 Prozent zu dem Grundegehalt, den Diäten und dem Zuzuschlag bezögen, sowie diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 Millionen Mark nicht übersteigen, im übrigen 30 Prozent zu den Kinderzuschlagen gleichfalls 30 Prozent zu dem 1. Mai d. J. ab beträgt der Zuschlag zu dem Grundegehalt, den Diäten und dem Zuzuschlag, sowie diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 Millionen Mark nicht übersteigen, 120 Prozent, im übrigen 30 Prozent. Die Dienstzulagen an Ministerialräte für die Führung beim Reichsvermerksministerium und für gleicher Stellung beim Reichsvermerksministerium vom 1. Mai ab 16500 Mark jährlich, wovon 6000 Mark nicht pensionsfahig sind. Ingesamt wird der Etat mit 15 Milliarden mehr belastet, wovon 3 Milliarden auf das allgemeine Finanzverwaltungsamt entfallen.

Diese drei Milliarden sollen durch höhere Zinsenentriebe gedeckt werden, die Mehrausgaben bei Post und Eisenbahn durch neue Tarif erhöhungen. Die Vorlage ist bereits vor die Besoldungsvorlage voran unverandert angenommen.

In der Debatte wurde ausgeführt, daß mit den fortwährenden Tarif erhöhungen bei den Reichsverwaltungsamt ein ewiger Ferkel geschaffen werde: Tarif erhöhungen, die die Lebensbedurfnisse verteuern, wovon Lohn- und Gehalts erhöhungen und infolgedessen neue Tarif erhöhungen. Man wies darauf hin, daß schon durch die letzten Tarif erhöhungen bei der Post Privatverkehr eine außerordentliche Erschwerung erfahren habe. Der Privatverkehr werde nur so lange ein umfangreicher bleiben, als Handel und Wandel möglich verdienen könnten. Man sollte erwägen, ob nicht auf einem anderen Wege die Erträge der Betriebsverwaltungen ins Gleichgewicht gebracht werden könnten. Von der Regierung wurde erwidert, daß es Sache der Reichsverwaltungen sei, ihren Etat in Ordnung zu bringen.

Politische Rundschau.

Berlin, 11. Mai 1922.

Reichsminister des Innern Dr. Köller wird am 12. Mai als Vertreter der Reichsregierung zur Eröffnung der Deutschen Gewerbeausstellung nach München fahren.

Die Aufstandsschaden in Oberschlesien. Auf die Note der Vorkonferenz vom 14. März 1922, die den von der deutschen Regierung gestellten Antrag hinsichtlich der Tragung der Aufstandsschaden in Oberschlesien durch die Alliierten ablehnte und die Befragung der polnischen Aufstandsschaden aus fertigen Einnahmen forderte, hat die deutsche Regierung den Kabinetten in London, Rom und Paris eine neue Note zugehen lassen, in der zu einer erneuten Prüfung der Angelegenheit aufgefordert wird. Da nach Auffassung der deutschen Regierung die Entscheidung der Vorkonferenz vom 14. März gegen Wortlaut und Geist des Versailles Friedensvertrages ist, die deutsche Regierung weist darauf hin, daß die Regelung der Aufstandsschaden inzwischen um so dringlicher geworden ist, als die Notlage der betroffenen Bevölkerung sich weiter verscharf hat.

Die Ueberleitung der Rechtspflege in Oberschlesien ist durch ein deutsch-polnisches Abkommen geregelt worden, das jedoch von den beiderseitigen Bevollmächtigten in Katowitz abgeschlossen worden ist. Das Abkommen trifft Vorsorge für die Weiterführung derjenigen ober-schlesischen burglichen Rechtsverfahren, Straffachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die zur Zeit des Ueberganges der Rechtspflege im Abtrennungsgebiet auf Polen anhängig sein werden. Grundruglich sollen diese Angelegenheiten von der Gerichtsbehörde erledigt werden, bei der sie anhängig sind, oder, wenn diese fortgefallen ist, von der an ihre Stelle tretenden Behörde. Jedoch ist vorgesehen, daß die Parteien unter gewissen Voraussetzungen die Ueberleitung auf eine Behörde ihres Staates veranlassen können. Die in diesen Sachen ergehenden Zivilurteile werden in beiden Staaten in deutscher Währung vollstreckt werden. Das Abkommen, das nach der Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften und der Ratifikation durch den Reichspräsidenten bedarf, tritt im allgemeinen in Kraft mit dem Ablauf eines Monats nach der offiziellen Mitteilung der Abstimmungskommission an die Reichsregierung über die Teilung Oberschlesiens.

Der Kampf um die Schule. Das Reichsministerium des Innern hat dem Vorstehenden des 30. Ausschusses des Reichstages auf eine Anfrage mitgeteilt, daß es vorläufig nicht in der Lage sei, über die endgültige Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage eine Erklärung abzugeben, die durch die Abänderung des § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung geschaffen ist. Die Entscheidung müsse dem gesamten Kabinett nach Rückkehr des Reichstanzlers aus Genua vorbehalten bleiben.

Die Grundstückskäufe durch die Ausländer haben den Hauptausflu des Reichstages veranlaßt, die Reichsregierung zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs aufzufordern, wonach in Zukunft Verkäufe von Grund und Boden (Wandereien) an Ausländer von 1/2 Hektar Größe an, und nicht erst von 5 Hektar Größe an, wie bisher, der Genehmigung der Regierung bedurften.

Das Verfahren gegen Etmwig v. Hirschfeld. Gegen über verschiedene Meldungen, wonach der Rugmchtig Etmwig v. Hirschfeld, der bekanntlich wegen seines Anschlages auf Erzberger zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, und sich seit dem Herbst vorigen Jahres zur Beobachtung seines Gefangnisstrafes in einer Freiurger Irrenanstalt befindet, jetzt auf Grund eingehender Gutachten der dortigen Justiz für geisteskrank erklärt worden sei, erfährt der amtliche Preussische Präsident, daß die psychiatrische Klinik in Freiburg i. Br., in der v. Hirschfeld seit November d. J. als Geisteskrank untergebracht war, neuerdings mitgeteilt hat, daß v. Hirschfeld nach der ärztlichen Behandlung entlassen worden sei. Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft die Strafvollstreckung

Arbeiter-Turnverein „Jahn“ Spangenberg

Mitglied des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes.

Zu unserer am 13. u. 14. Mai ds. J. stattfindenden

Fahnenweihe

laden wir die gesamte Einwohnerschaft von Spangenberg und Umgegend ergebenst ein.

Programm:

Sonnabend, den 13. Mai:

Abends 9 Uhr: Fackelzug durch die Straßen der Stadt anschließend Festkommers im Stöhr'schen Saale.

Samstag, den 14. Mai:

Morgens 6 Uhr: Beckruf

Mittags 12 Uhr: Aufstellung des Festzuges vor dem Bürgerort

Mittags 2 Uhr: Festzug durch die Straßen der Stadt zum städtischen Festplatz dortselbst Festrede und Fahnenweihe durch den Bezirksvertreter Hildebrand, anschließend turnerische Vorführungen der Kinderabteilung der Freien Turnerschaft Cassel und der Bezirksmeisterriege sowie Vorführungen von Arbeiter-Radfahrervereinen.

Abends von 8 Uhr ab

BALL

in den Sälen von Stöhr und Bertram.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Der Festwirt

Der Festauschub

Erdbeerpflanzen

hat abzugeben

**Salzmann'sche
Edelobstplantage**

Rum, Arrak, Cognak
Nordhäuser Steinhäger
feinste Liköre
Rot- und Weißweine
Sekt

Richard Mohr.

Rind-, Kalb- und Schweinefleisch frische Leberwurst

empfiehlt

**Johannes Meurer,
Metzgermeister**

Chaparral-Extrakt!

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
Jeder Geschlechtskranker verlangt im ureigensten Interesse ausführliche, beherren & Broschüre über **Marinesa'sart Dr. Dammanis Heilmittel** gegen **Harnröhrenleiden (Auzilia) frische, veraltet, gegen Syphilis, auch ohne Einstreitung, ohne Salvarsan, Quecksilber und sonstige Gifte, unauflöslige Anwendung, keine Berufsstörung, Mannschwachheit, sexuelle Neurassthenie im jeden Alter u. bei jeder Art Harnröhrenentzündung, schnelle Heilung, bequeme Anwendung, Zusendung kostenlos ohne jede Verpflichtung in versch. Brief ohne Assessor 4 Mk. auch Marineri, Doppelblatt-Verf., Dr. med. H. Seemann G.m.b.H. Sommerfeld 262 (Bez. Frankfurt/O.). Lange Jahre beehrt. Tausende freiw. Dankschreiben. Persönliche Untersuchung, Erklärung u. Behandlung nur in dem Specialambulatorium der Dr. Dammanis'schen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 125/6, 9-12, 4-7, Sonn- 10-12, Dresden, Grabschenerstr. 61, 9-11, 3-5, Sonntags 10-12. (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresenstr. 5, 10-1, 4-6, Sonn- 10-12. Zusendg. der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld. Lesen genügt am besten!**

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Markttaschen, Akten-
taschen, Geldscheintaschen
Gummibälle

Richard Mohr.

Stempel

liefert schnell und preiswert

Buchdruckerei.

Rhabarber

offeriert

Richard Mohr.

Turn-Verein

„Froher Mut“

Sonnabend, den 13. d. Mts. Abends 9 Uhr

Monatsversammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Vollgähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Die gegen die Ehefrau des Kriegsbeschädigten Konrad Schmidt ausgesprochene

Beleidigung

nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Frau Schuhmacher Wilhelm Schmidt.

Amtlicher Teil.

Wohlfahrtsgemeinde und Altershilfe.

Die Versammlung, die am 7. d. M. im Gasthaus „Zum grünen Baum“ stattfand, hat einen einstweiligen Vorstand gebildet. Letzterer soll die Erhebung der Beiträge für das Jahr 1922 betreiben und die Geschäfte der Gemeinde führen. Sobald die Zeit geeignet erscheint, wird eine Versammlung zur Wahl des endgültigen Vorstandes ufm. einberufen werden.

Die Erhebung der Beiträge findet in Form einer Hausausammlung statt. Die Beauftragten legen eine Liste vor, in die die Beiträge einzutragen sind. Zugleich wird für die „Altershilfe“, die sich über das ganze Reich erstreckt, die Sammlung für die Altershilfe ist je eine besondere Spalte in der Liste vorgesehen. Ueber die ersten verfügbaren Vorstand der Wohlfahrtsgemeinde, während der Ertrag der Sammlung für die Altershilfe nach Anweisung des Kreiswohlfahrtsamts zu Melbungen abgeführt wird.

Der Wohlfahrtsgemeinde gehören alle verheirateten und unverheirateten Männer und Frauen der Stadt Spangenberg, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, an. Alle sind berufen, an dem edlen Werk der Menschlichkeit mitzuarbeiten. Es handelt sich um über 1200 Mitglieder. Wenn alle sich ihrer Pflicht bewusst sind, wird die Gesamtheit der Beiträge eine stattliche Summe darstellen, so daß manche Not gelindert werden werden.

Die Höhe des Jahresbeitrags für die Wohlfahrtsgemeinde ist in das Belieben der Mitglieder gestellt. Jedes Mitglied wird gebeten, sich selbst einzuschätzen und den Beitrag nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bemessen. Angesichts des Zweckes wird mit ansehnlichen Zeichnungen gerechnet. Im besonderen werden auch die Frauen und die Jugendlichen gebeten, sich an dem Wohlfahrtswert zu beteiligen. Wer die entsetzlichen Folgen der maßlosen Teuerung zu würdigen weiß, wird gern bereit sein, neben den mancherlei Ausgaben des Jahres einen Beitrag für die Wohlfahrtsgemeinde zu erübrigen.

Aus dem Gedanken der Menschenliebe ist die Wohlfahrtsgemeinde hervorgegangen. Sie hat die erhabene Aufgabe, den Ärmsten der Armen zur Seite zu stehen und ihnen den Glauben an die Menschheit zu erhalten. Darum Herzen und Hände auf!

Spangenberg, den 11. Mai 1922.

Der einstweilige Vorstand der Wohlfahrtsgemeinde:

Schier, Bertram, Heinlein, S. Levisohn, Bangt.

I. Nachtrag

zur Ordnung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Fuhrwerksanlage der Stadt Spangenberg (Gebührenordnung) vom 27. September 1920.

Aufgrund der §§ 4, 8 und 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 93 (Gesetzsammlung Seite 132) in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1921 (Gesetzsammlung Seite 495) sowie des Beschlusses des Magistrats vom 6. April 1922 (Nr. 4247) und der Stadtverordnetenversammlung vom 11. April 1922 (Nr. 104) wird nachstehender Nachtrag zur Gebührenordnung erlassen:

In § 1 werden
Artikel I
0,50 Mk. durch 1,— Mk.
1,— Mk. durch 2,— Mk.
3,— Mk. durch 6,— Mk.

erlegt.

Artikel II

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Spangenberg, den 11. April 1922.

Der Magistrat,
Schier

Es wird hierdurch bescheinigt, daß vorstehender Nachtrag von den städtischen Körperschaften beschlossen worden ist, daß die Körperschaften zu den Sitzungen rechtzeitig eingeladen und daß sie beschlußfähig waren.

Spangenberg, den 11. April 1922.

Nr. 1356 (Stempel)
Vorstehender I. Nachtrag wird genehmigt.
Cassel, den 4. Mai 1922.

Der Magistrat,
Schier.

(Stempel)
Namens des Bezirksauschusses.
Der Vorsitzende.
J. B. Nutti.